

Protokoll
über die 31. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Sport und Soziales am 06.04.2017

Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 20:06 Uhr
Ort: Stadthaus, Am Packhof 2-6, Raum 6.047 (Aufzug D)

Anwesenheit

Vorsitzender

Hoppe, Eberhard entsandt durch SPD-Fraktion

1. Stellvertreter des Vorsitzenden

Riedel, Georg-Christian entsandt durch CDU-Fraktion

2. Stellvertreter des Vorsitzenden

Jähnig, Claus Jürgen entsandt durch Fraktion Unabhängige Bürger

ordentliche Mitglieder

Brill, Peter entsandt durch Fraktion DIE LINKE
Federau, Petra entsandt durch ZG AfD
Gajek, Lothar entsandt durch Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Grosch, Peter entsandt durch CDU-Fraktion
Meslien, Daniel entsandt durch SPD-Fraktion ab TOP 5.1

stellvertretende Mitglieder

Alff, Daniel entsandt durch SPD-Fraktion bis TOP 5.1

beratende Mitglieder

Fittje, Cornelia entsandt durch Behindertenbeirat

Verwaltung

Credé, Norbert
Diessner, Barbara
Jäger, Stefan
Tillmann, Matthias

Gäste

Frau Allwardt
Rosendahl, Katja Leiterin Schuldner- und Insolvenzberatungsstelle
der Volkssolidarität
Stoof, Angelika

Leitung: Eberhard Hoppe

Schriftführer: Gabriele Schulz

Festgestellte Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung
2. Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 29. Sitzung vom 09.02.2017 (öffentlicher Teil)
3. Vorstellung der Schuldner- und Insolvenzberatungsstelle der Volkssolidarität durch die Leiterin, Frau Rosendahl
4. Mitteilungen der Verwaltung
5. Beratung zu Beschlussvorlagen aus dem Hauptausschuss (öffentlich)
 - 5.1. Konzept für ein neues Museum zur Geschichte der Landeshauptstadt Schwerin
Vorlage: 00975/2017
 - 5.2. Gewährung von Zuwendungen für das Jahr 2017
Vorlage: 01028/2017
6. Beratung zu Anträgen aus der Stadtvertretung (öffentlich)
 - 6.1. Prüfung der angemessenen Wohnungsgröße bei Ein-Personen-Haushalten
Vorlage: 01009/2017
 - 6.2. Schulbesuch für alle Schweriner Kinder ermöglichen
Vorlage: 00951/2017
7. Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung

Bemerkungen:

Der Ausschussvorsitzende, Herr Eberhard Hoppe, eröffnet die 31. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Sport und Soziales und begrüßt die Mitglieder des Ausschusses, die Vertreter und Vertreterinnen der Verwaltung. Insbesondere begrüßt er die Gäste: Frau Rosendahl, Leiterin der Schuldner- und Insolvenzberatungsstelle der Volkssolidarität, sowie Frau Allwardt zu TOP 6.1.

Er stellt die form- und fristgerechte Ladung zur Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Beschluss:

Die vorliegende Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

zu 2 Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 29. Sitzung vom 09.02.2017 (öffentlicher Teil)

Beschluss:

Der öffentliche Teil der Sitzungsniederschrift der 29. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Sport und Soziales vom 09.02.2017 wird bestätigt.

zu 3 Vorstellung der Schuldner- und Insolvenzberatungsstelle der Volkssolidarität durch die Leiterin, Frau Rosendahl

Bemerkungen:

Der Ausschussvorsitzende übergibt das Wort an Frau Rosendahl.

Anhand einer Präsentation, welche als Anlage dem Protokoll beigelegt wird, informiert die Leiterin der Schuldner- und Insolvenzberatungsstelle der Volkssolidarität, Frau Katja Rosendahl über ihre sowie die Arbeit ihrer vier weiteren Mitarbeiter.

Die Schuldner- und Insolvenzberatungsstelle der Volkssolidarität gibt es bereits seit einem Jahr. Frau Rosendahl weist darauf hin, dass es zahlreiche aktenkundige Fälle gibt, aber auch viele Kurzberatungen sowie P-Kontenberatungen (Erhöhung des pfändungsfreien Betrages).

Fragen der Ausschussmitglieder beantwortet sie wie folgt:

Grundlage für die anteilige Personalkapazität der Verwaltungskraft in der Beratungsstelle ist die Landesförderrichtlinie für die Schuldnerberatung. Das Verhältnis von Männern und Frauen unter den Klienten ist 50:50. Der einzige Unterschied besteht darin, dass alleinstehende Frauen meistens Kinder haben.

Bei Männern ist das eher selten der Fall.

Frau Rosendahl betont, dass die Statistik leider immer vier Jahre zurückliegt. Gegenwärtig ist der Anteil an Ausländern, die schon relativ lange in Deutschland leben, sehr gering. Es ist absehbar, dass sich dieser Anteil erhöhen wird. Aus diesem Grund liegen bereits jetzt Informationsflyer in russischer, französischer und arabischer Sprache im Stadthaus und in Banken aus, welche auf die kostenlose Beratung hinweisen. Aber auch in anderer Form, beispielsweise durch einen Präventionsvortrag bei der Handwerkskammer für ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger, werden diese für die Problematik sensibilisiert. Als Beispiele nennt sie den ARD- und ZDF-Beitragsservice sowie das Kleingedruckte bei Handyverträgen.

Frau Diessner betont, dass diese Menschen auch im Rahmen von Betreuung durch Betreuer und Integrationslotsen dazu informiert werden.

Frau Rosendahl: Bei über 65-Jährigen ist die Hemmschwelle sehr hoch, sich an die Schuldnerberatung zu wenden. U.a. aus diesem Grund soll auf dem Großen Dreesch eine Begegnungsstätte der Volkssolidarität eröffnet werden.

Das Büro der Schuldnerberatung ist barrierefrei zu erreichen.

Auch zum Behindertenbeirat gibt es Schnittstellen, beispielsweise beim Paritätischen Wohlfahrtsverband.

Behinderte Menschen sind als Klienten nicht überproportional vertreten, da u.a. bei den Dreescher Werkstätten Kontakte mit den Sozialarbeitern bestehen und viele geistig Behinderte Betreuer haben. Die Vernetzung ist gut.

Der Ausschussvorsitzende bedankt sich bei Frau Rosendahl und verabschiedet sie.

zu 4 Mitteilungen der Verwaltung

Bemerkungen:

Der Fachdienst Soziales hat nichts mitzuteilen.

Für den Fachdienst Jugend, Schule, Sport informiert Herr Tillmann über die Teilnahme der Verwaltung an der Schulkonferenz.

Auf Nachfrage von Herrn Riedel prüft er beim ZGM die Einladung der Ausschussmitglieder zum Richtfest der Schule am Ziegelsee am 26.04.2017.

Weiterhin berichtet er über die Arbeit der Workshops im Rahmen der Sportentwicklungsplanung am 24.03.2017.

Er informiert außerdem über den Neubau bzw. Abriss von Turnhallen, über die Fußballkonzeption und damit auch die Ausstattung von zwei Sportplätzen mit Kunstrasen.

Zum Thema Horte teilt Herr Tillmann mit, dass die Mittelfreigabe am Mittwoch (05.04.) erfolgte.

Im Rahmen der Anregung einer Namensgebung für die Schwimmhalle auf dem Großen Dreesch wurde eine DB-Vorlage vorbereitet, welche aber zurückgestellt ist, da eine kommerzielle Namensgebung geprüft werden soll. Diese Aufgabe hat inzwischen der Fachdienst Recht erhalten.

Dem Protokoll beigelegt wird eine Übersicht zum Stand der Investitionen.

zu 5 Beratung zu Beschlussvorlagen aus dem Hauptausschuss (öffentlich)

**zu 5.1 Konzept für ein neues Museum zur Geschichte der Landeshauptstadt
Schwerin
Vorlage: 00975/2017**

Bemerkungen:

Die durch Herrn Credé vorgestellte Präsentation ist Bestandteil der Beschlussvorlage.

Im Anschluss beantwortet er Fragen, u.a. dazu, dass archäologische Einzelstücke, wie Waffenfunde, aus unserer Region auch in einem dänischen Museum ausgestellt werden.

Herr Riedel regt die Prüfung für ein kombiniertes Landes- und Stadtgeschichtsmuseum an, um insbesondere eine finanzielle Unterstützung des Kultusministeriums zu erhalten.

Beschluss:

Der Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales nimmt die Beschlussvorlage zur Kenntnis und empfiehlt dem Hauptausschuss unter Berücksichtigung der Anregungen zur Prüfung für ein kombiniertes Landes- und Stadtgeschichtsmuseum, um insbesondere eine finanzielle Unterstützung des Kultusministeriums zu erhalten, folgendes zu beschließen:

Die Stadtvertretung nimmt das Konzept für ein neues Museum zur Geschichte der Landeshauptstadt Schwerin zur Kenntnis und fordert den Oberbürgermeister auf,

- a) ein geeignetes Gebäude bzw. Grundstück für ein neues Museum zu suchen und
- b) eine Kostenermittlung zur baulichen Instandsetzung, zur Einrichtung und zum Betrieb des Museums unter Berücksichtigung der finanziellen Lage der Landeshauptstadt Schwerin anzustellen
- c) sowie einen Finanzierungsplan unter Ausschöpfung möglicher Zuwendungen durch Dritte vorzulegen.

**zu 5.2 Gewährung von Zuwendungen für das Jahr 2017
Vorlage: 01028/2017**

Bemerkungen:

Die Beschlussvorlage wird durch Frau Diessner eingebracht.

In den Jahren 2014 bis 2016 haben die genannten Träger kommunale Zuwendungen in folgender Höhe erhalten:

Schuldnerberatung (Sozial-Diakonische Arbeit) 2014-2016 jährlich 28.000€
Seniorenbüro 2014-2016 jährlich 35.000€
Seniorenbegegnung (Behindertenverband) 2014-2016 jährlich 25.000€.

Frau Federau beantragt getrennte Abstimmung über die drei im Beschlussvorschlag genannten Förderbeträge und begründet dies auf Anfrage des Ausschussvorsitzenden. Die Ausschussmitglieder sind damit einverstanden.

Beschluss:

Der Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales empfiehlt dem Hauptausschuss folgendes zu beschließen:

Der Hauptausschuss beschließt die Gewährung folgender fortzuführender Zuwendungen für das Haushaltsjahr 2017:

1. Landesring M/V des Deutschen Seniorenrings e.V. als Träger des Seniorenbüros Schwerin: 35.000 Euro als Projektförderung.
2. Behindertenverband Schwerin e.V.: 25.000 Euro
3. Sozial - Diakonische Arbeit der Evangelischen Jugend: 28.000 Euro.

Der Oberbürgermeister wird ermächtigt die Zuwendungsbescheide auszufertigen.

Abstimmungsergebnis zu 1.:

Ja-Stimmen:	8
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Abstimmungsergebnis zu 2.:

Ja-Stimmen:	8
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Abstimmungsergebnis zu 3.:

Ja-Stimmen:	6
Nein-Stimmen:	1
Enthaltung:	1

zu 6 Beratung zu Anträgen aus der Stadtvertretung (öffentlich)

zu 6.1 Prüfung der angemessenen Wohnungsgröße bei Ein-Personen-Haushalten Vorlage: 01009/2017

Bemerkungen:

Herr Meslien begründet den Antrag der SPD-Fraktion und informiert darüber, dass es Ende Januar im Schweriner Sozialgericht ein Urteil zugunsten einer Klägerin gab. Diese Klägerin ist Frau Allwardt, welche in der heutigen Ausschusssitzung anwesend ist. Er bittet darum, ihr das Wort zu erteilen. Die Ausschussmitglieder sind damit einverstanden. Der Ausschussvorsitzende erteilt Frau Allwardt das Rederecht.

Frau Allwardt schildert ihre Situation und informiert über die Problematik. Sie weist darauf hin, dass entsprechend der Richtlinien der Landeshauptstadt Schwerin kleine Haushalte gegenüber größeren benachteiligt sind, und zeigt die Diskrepanzen zum Wohngeldgesetz auf.

Frau Diessner und Herr Jäger berichten aus Sicht der Verwaltung und nehmen die Kritik an. Es wurde bereits Kontakt zu den großen Wohnungsgesellschaften WGS und SWG aufgenommen.

Der Ausschussvorsitzende schlägt vor, einen Fragenkatalog zu entwickeln, damit die Verwaltung und auch das Jobcenter diesen in der nächsten Ausschusssitzung am 04.05.2017 beantworten können. Die Fraktionen werden gebeten, ihre Fragen bis zum 12.04.2017 an das Büro der Stadtvertretung zu übersenden.

Frau Diessner gibt eine Statistik der Bundesagentur für Arbeit über die Wohn- und Kostensituation 2016 in der Landeshauptstadt Schwerin zum Protokoll. Außerdem weist sie darauf hin, dass sich der Wohnungsmarkt in der Stadt verändert hat, und gibt den formalen Hinweis, dass der Hauptausschuss diesen Antrag zwar in den Beirat des Jobcenters verwiesen hat, dieser aber keine Befassungskompetenz besitzt!

Der Ausschussvorsitzende schlägt vor, auch einen Vertreter der WGS zur nächsten Sitzung am 04.05.2017 einzuladen.

Beschluss:

Die Ausschussmitglieder einigen sich auf eine Wiedervorlage in der nächsten Sitzung am 04.05.2017.

In Vorbereitung der Sitzung werden die Fraktionen gebeten, Fragen an das Büro der Stadtvertretung bis zum 12.04.2017 einzureichen.

zu 6.2 Schulbesuch für alle Schweriner Kinder ermöglichen Vorlage: 00951/2017

Bemerkungen:

Herr Brill bedankt sich bei der Verwaltung, dass die Beantwortung nach einem halben Jahr erfolgt ist.

Beschluss:

Der Antrag hat sich für den Antragsteller erledigt.

zu 7 Sonstiges

Bemerkungen:

- Es gibt keine Wortmeldungen. -

gez. Eberhard Hoppe

Vorsitzende/r

gez. Gabriele Schulz

Protokollführer/in